

Beschluss des SPD-Parteivorstandes am 20.8.2007

Antragsteller/innen:

Björn Böhning, Hermann Scheer, Andrea Ypsilanti, Hilde Mattheis, Ottmar Schreiner, Niels Annen, Ute Vogt, Ursula Engelen-Kefer, Elke Ferner, Birgit Fischer, Gernot Grumbach, Edelgard Bulmahn, Bärbel Dieckmann, Ulla Burchardt, Detlev Albers, Ralf Stegner, Heiko Maas, Wolfgang Thierse

Kapitalprivatisierung der Bahn mit verkehrspolitischem Nutzen verbinden!

Der SPD-Parteivorstand führt eine umfassende Diskussion über eine Kapitalprivatisierung der Bahn. Ein solches Projekt, das langfristige Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland hat, bedarf einer sorgfältigen Prüfung.

In den 90er Jahren haben umfassende Privatisierungsvorhaben die öffentliche Hand aus haushaltspolitischen Notlagen befreit. Gleichzeitig wird heute gerade in den Kommunen offenbar, dass politische Entscheidungsspielräume in unterschiedlichen Bereichen immer weiter beschnitten sind. Vor diesem Hintergrund wird die SPD ihre Privatisierungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Sektors neu diskutieren. Dies gilt unabhängig von der geplanten Kapitalprivatisierung der Bahn AG.

Kernaufgabe der Deutschen Bahn ist es, eine breite, flächendeckende Verkehrsversorgung mit öffentlicher Mobilität in Deutschland sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag.

Der SPD-Parteivorstand setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der vom Bundeskabinett beschlossenen Privatisierung der DB AG die ebenso grundlegende wie unverzichtbare Aufgabe der Bahn für unsere Verkehrs- und Umweltpolitik auf Dauer gewährleistet bleibt.

Um zu verhindern, dass Investoren Einfluss auf das Schienennetz bekommen, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Volksaktienmodell mit nicht stimmberechtigten Vorzugsaktien zu prüfen. Darüber hinaus ist die parlamentarische Kontrolle bei der Feststellung und Überprüfung des Schienenbedarfsplanes sowie bei Investitionen des Bundes in die Schieneninfrastruktur jederzeit zu gewährleisten. Die Entscheidung im Parteivorstand, in der Bundestagsfraktion und im Bundestag über die Kapitalprivatisierung wird erst im Lichte des Ergebnisses dieser Überprüfung gefällt.